



**Halbzeitbilanz der Landesregierung  
in Mecklenburg-Vorpommern  
zur Mitte der 8. Wahlperiode**

## Einleitung

Am 26. September 2021 fanden in Mecklenburg-Vorpommern Landtagswahlen statt. **Damit ist Ende März 2024 die Hälfte der Wahlperiode erreicht.** Es ist in Mecklenburg-Vorpommern Tradition, dass die Landesregierung zur Halbzeit der Wahlperiode eine Bilanz ihrer Arbeit vorlegt. Diese Tradition setzt die Landesregierung aus SPD und der LINKEN gerne fort.

**Die erste Hälfte der Wahlperiode war stark durch internationale und bundesweite Ereignisse geprägt:**

Zu Beginn der Wahlperiode befand sich Mecklenburg-Vorpommern noch mitten in **der Corona-Pandemie**. Die Landesregierung hat alles dafür getan, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und die Arbeitsplätze im Land und den sozialen Zusammenhalt so gut wie möglich zu schützen. Es ist vor allem dem vernünftigen Handeln der Bürgerinnen und Bürger zu verdanken, dass Mecklenburg-Vorpommern gemessen an anderen Regionen **vergleichsweise gut durch die Corona-Pandemie gekommen** ist. Nach dem Ende der Pandemie ist mit der Rückzahlung der für den Corona-Schutzfonds aufgenommenen Finanzmittel begonnen worden.

Der seit dem Februar 2022 andauernde brutale **russische Angriff auf die Ukraine** markiert eine **Zeitenwende**. Das Land hat sich solidarisch an der **Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine** beteiligt und die in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Menschen mit ukrainischen Wurzeln in dieser schwierigen Situation unterstützt. Zugleich rückten Fragen der **Energiesicherheit** und die **Energiepreise** in den Fokus. Das Land hat sich an Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung beteiligt und den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt. Bund und Länder haben sich auf eine **Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft bei den Energiekosten** verständigt. Mecklenburg-Vorpommern hat die Entlastungspakete des Bundes unterstützt, mitfinanziert und mit eigenen Hilfsmaßnahmen ergänzt.

In den vergangenen Jahren ist die Zahl nach Deutschland und damit auch nach Mecklenburg-Vorpommern kommenden **Flüchtlinge** deutlich gestiegen. **Das Land steht an der Seite der Kommunen**, die an den Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit stehen. Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den wenigen Ländern, die den Kommunen die Kosten der Unterbringung vollständig erstatten. Die Zahl der Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen ist erhöht worden. Eine weitere Erhöhung ist im März 2024 beschlossen worden.

In den letzten Monaten sind bei uns in Mecklenburg-Vorpommern und in ganz Deutschland zahlreiche **Bürgerinnen und Bürger** auf die Straße gegangen und haben **für Demokratie und Freiheit** demonstriert. Wir sind dankbar für dieses Engagement. Es ist ein großes Glück, dass wir in Freiheit und Demokratie leben können. Das gilt es zu bewahren und an kommende Generationen weiterzugeben.

Gleichzeitig hat die Landesregierung das zu Beginn der Wahlperiode vereinbarte **Regierungsprogramm umgesetzt**. **Unser Ziel ist ein wirtschaftlich starkes, sozial gerechtes und nachhaltiges Mecklenburg-Vorpommern**. Auf dem Weg dorthin hat die Landesregierung schon eine ganze Reihe ihrer Vorhaben abgeschlossen. Andere Projekte sind in Angriff genommen und werden in der zweiten Hälfte der Wahlperiode finalisiert. Diese Bilanz informiert darüber, was wir in den letzten 2 ½ Jahren getan und erreicht haben.

## 1. Die Wirtschaft in schwierigen Zeiten stabilisiert

Die **wichtigste Aufgabe der Landesregierung** ist es, die **Wirtschaftskraft** des Landes zu stärken und so Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen – gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen und familienfreundlichen Arbeitsbedingungen.

Die **Wirtschaft** des Landes stand – wie die Wirtschaft in Deutschland insgesamt – in den letzten 2 ½ Jahren **vor großen Herausforderungen**. Zu Beginn der Wahlperiode waren die wirtschaftlichen Folgen der **Corona-Pandemie** noch deutlich zu spüren. Die Landesregierung hat die Unternehmen und damit die Arbeitsplätze im Land mit Wirtschaftshilfen in Höhe von 1,61 Milliarden Euro stabilisiert.

In Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hatten die Unternehmen im Land mit insbesondere steigenden Energiepreisen und unterbrochenen Lieferketten zu kämpfen. Auch hier haben Bund und Land umfassende Hilfspakete gestartet.

Die Wirtschaft und der **Arbeitsmarkt** des Landes haben sich unter diesen schwierigen Bedingungen **stabil** gezeigt. 2021 wurde im Jahresdurchschnitt eine Arbeitslosenquote von 7,6 Prozent erreicht. 2022 lag sie bei 7,3 Prozent, 2023 bei 7,7 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Geflüchtete aus der Ukraine einen direkten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten haben, was sich in der Statistik 2023 widerspiegelt.

## 2. In der Energiekrise entschlossen reagiert

In Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine stand Deutschland in den letzten Jahren gerade im Energiebereich vor großen Herausforderungen. Es galt, die **Energieversorgung** in Deutschland zu sichern. Gleichzeitig mussten die Bürgerinnen und Bürger und auch die Wirtschaft bei den deutlich gestiegenen Energiepreisen entlastet werden. Mecklenburg-Vorpommern hat sich solidarisch an der Bewältigung dieser Herausforderungen beteiligt.

Um die Energieversorgung in Deutschland zu sichern, hat sich Mecklenburg-Vorpommern bereit erklärt, **Öl über den Hafen Rostock** zur Versorgung der Raffinerie in Schwedt und **Flüssiggas** über die beim Bau der Infrastruktur der Ostseepipeline entstandene Infrastruktur in **Lubmin** ins Land zu holen. Gemeinsam mit der Bundesregierung und den Landesregierungen von Sachsen-Anhalt und Brandenburg wurde ein umfassendes Maßnahmenpaket aufgelegt, um die Raffineriestandorte in den ostdeutschen Ländern zu sichern und die **Transformation der Häfen Rostock und Lubmin zu Energiehäfen** zu beschleunigen.

Das von der Landesregierung unterstützte LNG-Projekt im Hafen Lubmin konnte zügig genehmigt werden, so dass dort seit dem Januar 2023 Gas ins Netz eingespeist wird. Keine Unterstützung der Landesregierung hat das LNG-Projekt im Hafen **Mukran**. Hier kommt die Landesregierung ihrer Pflicht zur Durchführung eines **rechtsstaatlichen Genehmigungsverfahrens** nach.

Das Land hat sich **mit 300 Mio. Euro an den Hilfsprogrammen des Bundes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft bei den Energiekosten beteiligt**. Auf diese Weise wurden Hilfsmaßnahmen wie die Energiepreispauschale oder der ermäßigte Steuersatz für den Gasverbrauch finanziert. Gemeinsam mit anderen Ländern hat sich Mecklenburg-Vorpommern auf Bundesebene für die Einführung einer Gas- und Strompreisklemme eingesetzt.

Darüber hinaus hat Mecklenburg-Vorpommern im November 2022 einen eigenen **Energiefonds** mit einem Volumen von 1,14 Milliarden Euro aus Bundes- und Landesmitteln beschlossen. Er enthält finanzielle Hilfen für die Transformation der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns hin zu einer

klimaneutralen Industrie und einen Härtefallfonds, mit dem wir beispielsweise Bürgerinnen und Bürger unterstützen, die sonst nicht von den Energiepreisbremsen profitiert hätten. Außerdem konnten so die Wohngeldreform und das Deutschlandticket finanziell unterstützt werden.

Nach der Gas- und Energiepreisbremse des Bundes hat Mecklenburg-Vorpommern dazu gedrängt, Härtefallhilfen für die Menschen zu gewähren, die mit Flüssiggas, Öl, Holzhackschnitzeln, Kohle und Koks heizen. Die Hilfe in Höhe von rund 3,7 Mio. Euro kam. **Mehr als 7.000 Haushalte** konnten von den gestiegenen Heizkosten entlastet werden.

### **3. Gewerbliche Wirtschaft und Mittelstand unterstützt**

Um die Wirtschaft im Land weiter voranzubringen, hat die Landesregierung in den Jahren 2022 und 2023 **166 Neuansiedlungen und Firmenerweiterungen** mit 79. Mio. Euro unterstützt. Damit konnten Investitionen in Höhe von über 420 Mio. Euro angeschoben werden. Nach Abschluss aller Vorhaben werden **über 900 Arbeitsplätze entstanden und weitere 4.500 langfristig gesichert** sein.

Außerdem wurden in den Jahren 2022 und 2023 **98 Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur** mit rund 243 Mio. Euro gefördert. Gefördert wurde unter anderem die Erschließung der Gewerbegebiete Wismar-Kritzow und Bentwisch, die Umgestaltung des Werftbeckens Warnemünde zu einem maritimen Gewerbepark und Tourismusprojekte wie die Neugestaltung des Hafens Zingst und Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Bildungseinrichtungen.

Ein wichtiges Ziel der Landesregierung ist es, die industrielle Basis des Landes zu verbreitern. Das in der vergangenen Wahlperiode im Zukunftsbündnis MV gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften erarbeitete Konzept „**Industrieland Mecklenburg-Vorpommern 2030**“ mit 137 Handlungsempfehlungen in 10 Handlungsfeldern, von der Wirtschafts- und Technologieförderung über den Infrastrukturausbau, der Energie- und der Verkehrspolitik bis hin zur Fachkräftesicherung **wird in dieser Wahlperiode Schritt für Schritt umgesetzt**.

Die Landesregierung hat den Entwurf für eine **Fachkräftestrategie entwickelt**, der mit allen betroffenen Akteuren erörtert und anschließend vorgestellt worden ist. Einige Maßnahmen befinden sich bereits in der Umsetzung, z.B. die Förderung der Teilnahme von Beschäftigten an beruflichen Weiterbildungen, die Fortsetzung der Förderungen von mv-works und Correct! sowie die Stärkung der Tarifbindung in der GRW und im öffentlichen Auftragswesen.

Um junge und innovative Unternehmen zu fördern und etablierten Unternehmen neue Möglichkeiten zu eröffnen, ist die **Technologieförderung erhöht** worden. Ende November 2023 ist die Richtlinie für Forschungs- und Entwicklungsförderung neu gefasst worden und in Kraft getreten. Zudem soll mit der Neuaufstellung der „Digitalisierungsförderung Mittelstand Mecklenburg-Vorpommern“ die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere des Mittelstandes weiter gestärkt werden. Ziel ist es, den Mittelstand und deren Beschäftigte bei der Umsetzung neuer digitaler Prozesse nachhaltig zu unterstützen.

Das **Handwerk** ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Mecklenburg-Vorpommern. Mit der „Struktur-, Regional- und Potenzialanalyse des Handwerks in Mecklenburg-Vorpommern – Handwerk 2030“ wurde eine umfassende Bestandanalyse des Handwerks in Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt. Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen sollen die strategische Ausrichtung dieses bedeutenden Wirtschaftszweiges noch zielgerichteter gestalten.

#### 4. Im Tourismus wieder deutlich zugelegt

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Tourismusland. Der Tourismus hat nach den schwierigen Corona-Jahren wieder deutlich an Fahrt gewonnen. 2022 wurden rund 31,8 Millionen Übernachtungen registriert und 7,4 Millionen Gäste gezählt. 2023 waren es rund **32,1 Millionen Übernachtungen und 7,7 Millionen Gäste**. Das ist das **zweitbeste Tourismusergebnis in der Geschichte des Landes**.

In den vergangenen 2 ½ Jahren sind verschiedene Maßnahmen ergriffen worden, um den Tourismus im Land weiterzuentwickeln. So wurde mit Tobias Weitendorf erstmals ein **Tourismusbeauftragter** des Landes berufen.

Seit 2021 sind **37 Tourismusorte und zwei Tourismusregionen** ausgezeichnet worden. Die Anerkennung berechtigt die Kommunen, eine Kurabgabe einzuführen. Damit stehen mehr Mittel zur Verfügung, um touristisch relevante Aufgaben wie beispielsweise Marketingmaßnahmen, digitale Gästekarten und fahrpreislose ÖPNV-Angebote anzubieten. Entscheidend ist, dass in Infrastruktur, Mobilität und Qualität investiert wird.

In den Regionen Usedom und Fischland-Darß-Zingst sowie in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und im Ostseebad Kühlungsborn wurden **regionale Gästekarten** eingeführt, die die Gäste im Gegenzug für die Zahlung der Kurabgabe erhalten und ihnen vielfältige Vorteilsleistungen bieten. Im Ostseebad Kühlungsborn, in Rostock, in der Mecklenburgischen Seenplatte und auf Usedom profitieren die Gäste darüber hinaus von neu eingeführten digitalen persönlichen Urlaubsbegleitern. In der Mecklenburgischen Seenplatte wurde der Gültigkeitsbereich der Gästekarte „Müritz Rundum“ auf weitere Orte erweitert.

Die Förderung des **Umsetzungsprozesses ausgewählter Themen aus der Landestourismuskonzeption** in den Modellregionen Fischland-Darß-Zingst, Insel Usedom mit Stadt Wolgast, Hansestadt Rostock mit Güstrow, Teterow und Schwaan, in der Mecklenburgischen Seenplatte und im Ostseebad Kühlungsborn mit 8 Gemeinden wurde Ende 2023 **abgeschlossen**. Die erreichten Ergebnisse sind Grundlage für die Weiterentwicklung der Landestourismuskonzeption.

#### 5. Neue Perspektiven für die maritime Industrie geschaffen

In Folge des Zusammenbruchs des Kreuzfahrtmarktes während der Corona-Pandemie mussten die MV-Werften zu Beginn der Wahlperiode Insolvenz anmelden. Gemeinsam mit dem Insolvenzverwalter hat die Landesregierung mit Erfolg daran gearbeitet, dass **neue Perspektiven für die Werftstandorte** entstanden sind.

Es konnte erreicht werden, dass die Werft in Rostock vom Bund übernommen wurde. Das **Marinearsenal** mit rund 500 Beschäftigten erledigt seitdem Wartungsaufträge für die Deutsche Marine. Die thyssenkrupp Marine Systems plant am **Standort Wismar** den Bau von Unterseebooten und, mittel- bis langfristig, auch Überwasserschiffen. Daneben beabsichtigt tkMS sich aufgrund der guten infrastrukturellen Voraussetzungen in Wismar an Ausschreibungen zum Bau von 2-GW-Konverterplattformen zu beteiligen. Mit **Eppendorf** konnte ein weiterer Investor für den Standort Wismar gewonnen werden. Am ehemaligen MV Werften-Standort **Stralsund** entsteht ein **maritimer Gewerbepark**.

Auch sonst hat sich die maritime Industrie gut entwickelt. Die **Neptun Werft in Rostock** hat im Jahr 2023 Aufträge zum Bau von insgesamt zehn Flusskreuzfahrtschiffen erhalten. Zudem fertigt das Unternehmen zwei Doppelhüllentanker für die Deutsche Marine sowie das Forschungsschiff METEOR IV. Im November 2023 haben die Meyer-Gruppe und die belgische Firma **Smulders** ihr Joint Venture

„Neptun-Smulders-Engineering“ in Rostock der Öffentlichkeit vorgestellt und damit ebenfalls einen wichtigen Schritt zum gemeinsamen Bau von **Konverterplattformen** für die Energiewende getan.

Die **Peene-Werft in Wolgast** hat mit dem Bau der Achterschiffe von vier Fregatten des Typs F126 begonnen. Gegenwärtig wird die Peene-Werft durch die Überdachung eines bereits vorhandenen Trockendocks aufgewertet. Das Land fördert dieses Vorhaben mit 800.000 Euro aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

**Tamsen Maritim in Rostock** hat in 2023 für die deutsche Generalzolldirektion zwei je 23 Meter lange Patrouillenboote mit flachem Rumpf für den Einsatz im Wattenmeer abgeliefert. Weiterhin wurde mit dem Bau von zwei STS-Arbeitsbooten der Klasse 744 in Kooperation mit der Tangermünder SET-Werft erstmals ein Neubauftrag der Bundeswehr erfüllt. Für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger wurde der zwölfte Neubau eines Seenotrettungsbootes fertiggestellt. Im Neubau begann daneben in 2023 die Konstruktion eines Fischereiaufsichtsbootes für MV.

## 6. Die Landwirtschaft unterstützt

Die Landesregierung steht im engen Austausch mit der Landwirtschaft und ihren Verbänden. Die in der Landwirtschaft Beschäftigten sorgen mit ihrer Arbeit dafür, dass wir 365 Tage Jahr gute und gesunde Lebensmittel auf dem Tisch haben. Die Landesregierung tritt deshalb für **Respekt und Unterstützung für die Landwirtschaft ein**.

Bei den **Bauernprotesten im Winter 2023/2024** hat die Landesregierung frühzeitig das Gespräch mit den Vertretern der Landwirtschaft gesucht. Sie hat sich im Streit um die von der Bundesregierung geplanten Sparmaßnahmen auf die Seite der Bäuerinnen und Bauern gestellt. Gemeinsam mit anderen konnte erreicht werden, dass zumindest die Abschaffung der Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge rückgängig gemacht wurde. Die Landesregierung setzt sich weiter dafür ein, dass auch beim Agrardiesel ein vernünftiger Kompromiss gefunden wird. Die Landwirte müssen beim Umstieg auf umweltfreundlichere Kraftstoffe unterstützt werden.

Zugleich hat die Landesregierung Vorschläge unterbreitet, um die **Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft** zu sichern. Dabei liegt unser Schwerpunkt auf der Vernetzung von Wissenschaft und Praxis, wie es das jüngst vorgestellte Agrarforschungskonzept belegt. Kurz vor der Fertigstellung befindet sich die Nutztierstrategie der Landesregierung, die sich des wichtigen Themas Zukunft der Tierhaltung annimmt. Die Transformation der Landwirtschaft, der Tierhaltung und der Energieversorgung sind wichtige Themen im ländlichen Raum. Hier leben 70 Prozent der Bevölkerung und hier soll die Akzeptanz für die zukünftige Entwicklung geschaffen und erhalten werden.

Trotz des schweren Starts der neuen Förderperiode der gemeinsamen Agrarpolitik der EU hat sich das Land als verlässlicher Partner der Landwirtschaft erwiesen. So konnten die **Direktzahlungen der ersten Säule in Höhe von ca. 268 Mio. Euro** an alle Landwirte am Ende des vergangenen Jahres in Höhe von 90 Prozent ausgeschüttet werden. Davon entfallen rund 204 Mio. Euro auf die „Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit“ und fast 64 Mio. Euro für gesonderte Leistungen der Antragsteller, die zur weiteren Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Wasserqualität führen.

## 7. Neuen Außenhandelsrekord erzielt

Mecklenburg-Vorpommern hat 2022 einen **neuen Außenhandelsrekord** erzielt. Erstmals erreichten Import und Export zusammen ein Volumen von 20 Milliarden Euro. 2023 wurde der zweitbeste Wert in der Geschichte des Landes erzielt.

Die Landesregierung hat auch in der ersten Hälfte der Wahlperiode Unternehmen dabei unterstützt, auf internationalen Märkten Fuß zu fassen. So wurden **Wirtschaftsdelegationsreisen** nach Brasilien, Polen, Kanada, Norwegen, Schweden und in die Niederlande organisiert und durch Regierungsmitglieder begleitet.

Mit dem **Baltic Sea Business Day** am 22. September 2022 in Rostock wurde eine neue Plattform für die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Ostseeraum geschaffen. Unter dem Motto „Werden Sie Teil eines neuen Netzwerks“ konnten 400 Teilnehmende aus MV und den Ostseeanrainerstaaten wirtschaftliche Kontakte knüpfen und über Lösungen zur Schaffung einer CO<sub>2</sub>-freien Ostsee diskutieren. Diese Veranstaltung soll alle 2 Jahre wiederholt werden und wird in diesem Jahr in Verbindung mit dem 4. German-Baltic Digital Summit am 18. April 2024 in Rostock stattfinden. Außerdem richtete Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2023 das **deutsch-finnische Businessforum** in Rostock aus.

Das Land MV hat die wegfallenden Mittel der EU bei der **Messeförderung** durch Landesmittel kompensiert. Insgesamt 600.000 Euro jährlich stehen dafür seit 2023 im Landeshaushalt zur Verfügung. Daneben setzte die Landesregierung die finanzielle Unterstützung von Gemeinschaftsbeteiligungen an nationalen und internationalen Messen fort, um die Absatz- und Exportbemühungen der Unternehmen voranzubringen. Im Rahmen der Exporttour und auf Exportabenden wurde für den Außenhandel geworben und konkrete Hilfestellung gegeben.

## 8. Tariftreuegesetz auf den Weg gebracht

Zu guter Arbeit gehören für die Landesregierung auch gute Löhne. Die Löhne werden in Deutschland von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt. Die Landesregierung wirbt dafür, dass mehr Unternehmen ihren Beschäftigten **Tariflohn** zahlen. Und sie setzt dort, wo sie eigene Möglichkeiten hat, Anreize dafür.

Dazu hat die Landesregierung ein **Vergabe- und Tariftreuegesetz** durch den Landtag gebracht. Es regelt, dass öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten bei der Erfüllung dieses Auftrages Tariflohn oder tarifgleichen Lohn zahlen. Dort, wo es keinen Tarifvertrag gibt, gilt ein Vergabemindestlohn von 13,50 Euro pro Stunde. Diese Änderungen liegen nicht nur im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie stärken auch die vielen Unternehmen in unserem Land, die ihren Beschäftigten schon heute gute Löhne zahlen und familienfreundliche Arbeitsbedingungen bieten.

Die Landesregierung schätzt und würdigt die Arbeit der Personal- und Betriebsräte im Land. Dazu wurde der **Betriebs- und Personalrätepreis Mecklenburg-Vorpommern** geschaffen. Er wird seit 2023 jährlich auf dem Empfang der Landesregierung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verliehen.

## 9. Den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt

Mecklenburg-Vorpommern ist schon heute führend beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Das Land erzeugt **mehr als doppelt so viel Strom aus erneuerbaren Energien, als es selbst verbraucht**. Unser Land trägt damit auch zur Versorgung anderer Regionen Deutschlands bei.

In der ersten Hälfte der Wahlperiode ist der **Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorangebracht** worden. So sind Solarenergien mit insgesamt ca. 1 Gigawatt Leistungen ans Netz gegangen. Hinzu kommen Windenergieanlagen mit ca. 500 Megawatt Leistung. Dazu hat der Windpark Arcadis Ost I, der Ende 2023 in Betrieb genommen wurde, mit einer Leistung von 247 Megawatt erheblich

beigetragen. Außerdem wurde Mecklenburg-Vorpommern als das Bundesland mit dem größten Zuwachs bei der Geothermie ausgezeichnet.

In den kommenden Jahren soll der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter beschleunigt werden. Die Landesregierung hat deshalb im Bundesrat die **Aufhebung des Offshore-Deckels und die Gesetze zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren** unterstützt.

Hier im Land wurden Zuständigkeiten der Landkreise auf das Land übertragen und **zusätzliche Stellen in den Genehmigungsbehörden** geschaffen. Der neue **Planungserlass Wind-an-Land** soll sicherstellen, dass zusätzliche Flächen für den Windenergieausbau bereitgestellt werden. Es sind nun klare, landesweit einheitliche, verbindliche Kriterien für Windenergiegebiete vorgegeben. Die Entscheidung, welche Gebiete ausgewiesen werden, verbleibt bei den Regionalen Planungsverbänden. Dabei muss die Vorgabe des Bundes, dass 2,1 Prozent der Landesfläche als Windeignungsgebiete ausgewiesen werden müssen, in allen Planungsregionen berücksichtigt werden.

Um übermäßige Belastungen beim Ausbau der Windkraft zu verhindern, müssen weiterhin **Siedlungsabstände** eingehalten werden. Die im neuen Landesplanungsgesetz M-V festgelegten Mindestabstände von 1.000 Metern zwischen Windenergiegebieten und Siedlungsbereichen sowie Gebieten mit Erholungs-, Tourismus- und Gesundheitsfunktion und 800 Metern zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen entsprechen den bisher geltenden Abstandsempfehlungen.

Außerdem hat das Land 10 Mio. Euro bereitgestellt, um damit Mieter und Hauseigentümer zu fördern, die auf ihren Balkonen sogenannte **steckerfertige Photovoltaikanlagen** installieren wollen. Die Nutzerinnen und Nutzer können mit diesen Anlagen Solarstrom selbst produzieren und in das eigene Hausnetz einspeisen. Rund 6.000 Anträge von Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern und mehr als 2.400 Anträge von Mieterinnen und Mietern sind mittlerweile bewilligt worden.

## 10. Den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft vorangebracht

Mecklenburg-Vorpommern bietet **ideale Voraussetzungen**, um eine führende Rolle in der Wasserstoffwirtschaft einzunehmen. Für die Erzeugung von grünem Wasserstoff ist das Land dank der großen Potentiale der Wind- und Photovoltaikanlagen sowie viel Expertise und Engagement bei den Beteiligten im Land sehr gut aufgestellt. Zugleich ist Mecklenburg-Vorpommern aufgrund seiner geografischen Lage und seiner Infrastruktur als Drehkreuz für Wasserstoffimporte im Ostseeraum prädestiniert.

Im Rahmen der **IPCEI-Förderung** sollen in Mecklenburg-Vorpommern drei Elektrolyse-Projekte im Rostocker Hafen, in Rostock-Laage und bei Güstrow umgesetzt sowie eine Pipeline-Infrastruktur von Rostock über Glasewitz bis nach Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt und Sachsen aufgebaut werden. Bund und Land haben die notwendigen Mittel für diese wichtigen Zukunftsprojekte in ihren Haushalten eingeplant. Die IPCEI-Projekte sind mittlerweile durch die EU-Kommission genehmigt.

Im November 2023 wurde durch die Gasfernleitungsnetzbetreiber (FNB) der Antragsentwurf für ein **Wasserstoffkernnetz** vorgelegt. Es soll auch in unserem Land die wichtigsten Erzeugungs-, Speicher- und Importstandorte verbinden und die Ansiedlung von Unternehmen entlang dieser Achsen ermöglichen. Die Landesregierung hat dabei die Interessen des Landes bereits in der Planungsphase eingebracht und in seiner Stellungnahme zu den Vorschlägen noch einmal eine bessere Ost-West-Verbindung im Wasserstoffkernnetz eingefordert.

Im Rahmen des Projektes **"HyTruck"** entwickelt das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit neun Partnern aus dem Ostseeraum die Grundlagen für den Ausbau eines Wasserstofftankstellennetzes für



den Güterverkehr entlang des Transeuropäischen Verkehrsnetzes von Rostock über Berlin-Brandenburg, Poznan, Kaunas, Vidzeme bis nach Helsinki.

Mit den anderen ostdeutschen Ländern ist im Februar 2024 eine **gemeinsame Wasserstoff-Initiative** gegründet worden. Diese Gründung geht auf Beschluss auf der Ost-Ministerpräsidentenkonferenz auf der Insel Riems im Juni 2022 zurück.

## 11. Die Gesundheitswirtschaft gefördert

Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den Bundesländern, in denen die **Gesundheitswirtschaft** in besonders hohem Maße zu Wertschöpfung und Beschäftigung beiträgt. Nach den letzten vorliegenden Zahlen generiert die Branche im Land etwa 6,5 Milliarden Euro Wertschöpfung. Das entspricht etwa **14,6 % der Wirtschaftsleistung des Landes** insgesamt. Sie beschäftigt mehr als 160.000 Erwerbstätige. Dies sind 21,3 % aller Erwerbstätigen in MV. Das ist bundesweit der höchste Anteil. In der ersten Hälfte der Wahlperiode wurde die Branche weiter unterstützt.

Dazu wurde das **Kuratorium Gesundheitswirtschaft** neu berufen. Im Jahr 2023 erfolgte erstmals eine **institutionelle Förderung der BioCon Valley® GmbH** in Höhe von rund 1,08 Millionen Euro. Zudem werden erneut Mittel in Höhe von einer Million Euro für 2024 bereitgestellt, um innovative Projekte des **Ideenwettbewerbs Gesundheitswirtschaft** zu fördern. Im Rahmen des Wettbewerbes soll das Potenzial der Branche durch Vernetzung, Marketing, Fachkräftesicherung und Internationalisierung weiter erschlossen und somit die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Standortes Mecklenburg-Vorpommern gestärkt werden. Auch in dieser Wahlperiode richtet Mecklenburg-Vorpommern die jährliche **Nationale Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft** aus.

## 12. Mobilitätsoffensive gestartet

Die Landesregierung hat eine **Mobilitätsoffensive** gestartet. Ziel ist die Schaffung eines Landesmobilitätsnetzes mit flächendeckenden schnellen vertakteten Bahn- und Busangeboten sowie flächendeckenden Rufbussen, die auch die kleinsten Dörfer des Landes erschließen. Dabei setzt die Landesregierung drei Schwerpunkte.

Der erste Schwerpunkt ist der **Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs**. Es fahren heute **mehr Züge auf den Strecken in Mecklenburg-Vorpommern als zu Beginn der Wahlperiode**. Mit dem Fahrplanwechsel 2023/24 sind für das Land 1,2 Millionen Leistungskilometer mehr bestellt worden. Das entspricht einer Steigerung um sieben Prozent. Zudem werden in der Sommersaison auch wieder zusätzliche Fahrten zwischen Berlin und der Ostsee, auf der Südbahn und zum Sassnitzer Fährhafen angeboten.

Die Landesregierung will das Schienennetz in Mecklenburg-Vorpommern um die **Darßbahn** erweitern. Eine im Auftrag der Landesregierung vorgenommene Nutzen-Kosten-Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass die Reaktivierung der Bahnstrecke **volkswirtschaftlich sinnvoll** ist. Damit ist eine wichtige Hürde zur Weiterführung der heutigen Bahnstrecke Velgast-Barth bis auf den Darß genommen.

Der zweite Schwerpunkt ist die Einführung landkreisübergreifender landesweiter **Regiobuslinien**. Die neuen Linien sollen somit in den Busverkehr in der Fläche verbessern und mit dem Bahnverkehr vertaktet werden. Die ersten vier Pilotlinien des zukünftigen Regiobusnetzes sind mit dem Fahrplanwechsel 2023/2024 beziehungsweise am 4. März 2024 an den Start gegangen (Linie 012:

Neubrandenburg – Penzlin – Waren, Linie 170: Schwerin – Brühl – Sternberg, Linie 270: Sternberg – Witzin – Güstrow, Linie 330: Wismar – Grevesmühlen).

Durch den Aufbau eines **landesweiten und flächendeckenden Rufbussystems** sollen auch kleine Orte regelmäßig an das Bus- und Bahnnetz angeschlossen werden. Am 01. Januar 2024 hat der Startbetrieb für das landesweite Rufbussystem begonnen. Ab 2025 soll es dann in allen Landkreisen ein flächendeckendes Angebot geben. Der Aufbau, die Erhaltung und der Betrieb des Rufbussystems werden landesweit 2024 mit etwa 13,5 Millionen Euro pro Jahr von der Landesregierung unterstützt.

### 13. Seniorenticket eingeführt, Azubiticket fortgeführt und das Deutschlandticket unterstützt

Seit dem 1. August 2023 gilt in Mecklenburg-Vorpommern das **Seniorenticket**. Für 29 Euro im Monat können Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren, deren Hauptwohnsitz sich in Mecklenburg-Vorpommern befindet, bundesweit den Nahverkehr nutzen. Damit ist eine der wichtigsten Ankündigungen der Landesregierung umgesetzt. Fortgeführt wurde das **Azubiticket** zum Preis von ebenfalls 29 Euro pro Monat. Es ist jetzt ebenfalls bundesweit gültig.

Auf Bundesebene hat die Landesregierung die **Einführung des Deutschlandtickets** unterstützt. Es ermöglicht allen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland die bundesweite Nutzung des Nahverkehrs für 49 Euro. Auf Drängen Mecklenburg-Vorpommerns und anderer Bundesländer konnte erreicht werden, dass der Preis für das Ticket im Jahr 2024 stabil bleibt.

Derzeit besitzen ca. 11 Millionen Menschen ein Deutschland-Ticket im Abo. In Mecklenburg-Vorpommern haben aktuell ca. 12.300 Menschen das Azubi-Ticket und 32.000 Seniorinnen und Senioren das Seniorenticket abonniert.

### 14. Kräftig in den Straßen- und Radwegebau investiert

Beim Straßenbau hat die Landesregierung in der ersten Hälfte der Wahlperiode den Schwerpunkt auf den **Erhalt von bestehenden Straßen und Brücken** gelegt. In den Jahren 2022 und 2023 wurden rund 35,5 Mio. Euro bzw. 40,5 Mio. Euro in die bauliche Unterhaltung der Landesstraßen sowie 47,9 Mio. Euro bzw. 45,9 Mio. € in die bauliche Unterhaltung der Bundesstraßen im Land investiert.

Die größte derzeit laufende Neubaumaßnahme an Bundesstraßen ist der Weiterbau der **Ortsumgehung Wolgast** (B 111). In den Jahren 2022/2023 wurden insgesamt 17,1 Mio. Euro in den Weiterbau der Ortsumgehung investiert. Die größte laufende Neubaumaßnahme an Landesstraßen ist der Bau der **Ortsumgehung Elmenhorst** im Zuge der Landesstraße L 12. Hier wurden in den Jahren 2022/2023 rund 6,2 Mio. Euro verbaut.

Um die Klimaziele zu erreichen, müssen die Emissionen des Verkehrssektors deutlich verringert werden. Ein Baustein hierbei ist die **Förderung des Radverkehrs**. An Landesstraßen wurden im Jahr 2022 8,3 Mio. Euro und im Jahr 2023 sogar knapp 16,0 Millionen Euro in den Neubau und die Erhaltung von Radwegen an Landesstraßen investiert – ein Rekordwert. Hinzu kommen Ausgaben in Höhe von 9,0 Mio. Euro in 2022 und 11,1 Mio. Euro in 2023 für die Radwege an Bundesstraßen.

## 15. Beitragsfreie Kita fortgesetzt, beitragsfreier Ferienhort eingeführt

Die Landesregierung hat im ersten Jahr ihrer Amtsperiode weitere wichtige Schritte zur Verbesserung der Betreuung und Förderung von Kindern unternommen. Die **Beitragsfreiheit für Krippe, Kindergarten, Kindertagespflege und Hort in Mecklenburg-Vorpommern bleibt bestehen**. Mit Beginn der Sommerferien 2022 wurde der **beitragsfreie Ferienhort** rechtlich verankert, damit Eltern finanziell Privat- und Erwerbsleben besser vereinbaren können. Sie können seitdem in den Ferien ihre Kinder bis zu zehn Stunden täglich im Hort betreuen lassen, ohne dass sie Beiträge dafür zahlen müssen.

Die Landesregierung hat für die Jahre 2023 und 2024 ein **Programm zur Finanzierung von Alltagshilfen in den Kitas** aufgelegt, um das pädagogische Personal zu entlasten. Alltagshilfen übernehmen nichtpädagogische Tätigkeiten, die neben der Arbeit mit den Kindern anfallen. Sie sind dadurch eine wertvolle Unterstützung, weil sich Erzieherinnen und Erzieher auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Alltagshilfen werden für ihren Einsatz in den Kindertageseinrichtungen qualifiziert.

Auszubildende zur staatlich anerkannten Erzieherin bzw. zum staatlich anerkannten Erzieher für 0- bis 10-Jährige (ENZ) werden im ersten und zweiten Ausbildungsjahr nicht mehr auf den Fachkräfteschlüssel angerechnet. Die Kosten trägt allein das Land. Von 2023 bis 2025 sind das über 15 Millionen Euro. Durch die Nicht-Anrechnung können bis Ende 2025 insgesamt rund **260 Erzieherinnen und Erzieher zusätzlich** eingestellt werden.

Kinder im Kindergarten werden künftig in kleineren Gruppen betreut. **Das Fachkraft-Kind-Verhältnis wird von 1:15 auf 1:14 gesenkt**. Die Landesregierung hat dafür eine Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes auf den Weg gebracht. Mit der Novelle sollen das Betreuungsangebot, die Personalsituation sowie die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher verbessert werden. Durch die Senkung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses und den gestiegenen Personalbedarf entstehen Mehraufwände des Landes in Höhe von 11,8 Millionen Euro pro Jahr.

## 16. Alle Schulstandorte erhalten

Bereits kurz nach Amtsantritt hat die Landesregierung ein langfristig sicheres Schulnetz in Aussicht gestellt. **Bis 2030** wird es in Mecklenburg-Vorpommern **keine Schulschließungen** aufgrund von zu geringen Schülerzahlen geben. Das sichert für viele Familien eine wohnortnahe Beschulung ihrer Kinder und ist eine gute Grundlage für den Ausbau bzw. zur Festigung der Infrastruktur.

## 17. Über 1.900 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt

Schwerpunkt der Bildungspolitik im Land bleibt es, Lehrkräfte auszubilden, zu gewinnen und zu halten. Dazu hat die Landesregierung umfassende Maßnahmen auf den Weg gebracht und umgesetzt. Um Lehrkräfte zu gewinnen, erhalten **Referendarinnen und Referendare**, die an Schulen im ländlichen Raum arbeiten, seit Oktober 2023 einen Zuschlag zu ihren Bezügen in Höhe von 40 Prozent.

Im Bildungspakt „**Gute Schule 2030**“ hat sich die Landesregierung mit Lehrgewerkschaften und -verbänden darauf verständigt, Stellenbesetzungsverfahren zu straffen, um Lehrkräfte schneller einzustellen. Vom Zeitpunkt der Bewerbung bis zum Arbeitsvertrag ist ein Zeitraum von sechs Wochen vorgesehen. Damit verkürzt das Land die Verfahrensdauer um mehr als die Hälfte. Die Partnerinnen und Partner des Bildungspaktes haben zudem vereinbart, dass neu eingestellte Lehrkräfte Zuschläge zu ihren Bezügen erhalten, wenn sie sich auf bestimmte Stellen in den Fächern Mathematik, Informatik, Biologie, Chemie und Physik an Regionalen Schulen im ländlichen Raum bewerben.

Die **Ausbildung von Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern** wurde umfassend **reformiert**. Lehrkräfte im Seiteneinstieg absolvieren vor Beginn ihrer Unterrichtstätigkeit zunächst eine dreimonatige Qualifizierung in Methodik und Fachdidaktik, bevor sie das erste Mal vor einer Klasse stehen.

Zur Entlastung der Schulleitungen hat das Land **zusätzliche Verwaltungsfachkräfte** eingestellt. Auch an Schulen unterstützen Alltagshilfen und entlasten dadurch das pädagogische Personal. Die 120 Stellen für Alltagshilfen sind mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 verstetigt worden. Weitere 120 Stellen sollen eingerichtet werden.

Die Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung sind wichtig, um im bundesweiten Wettbewerb um Lehrkräfte mithalten zu können. In dieser Wahlperiode hat Mecklenburg-Vorpommern seit dem 26.10.2021 (konstituierende Sitzung des Landtages) bis Ende 2023 **über 1.900 Lehrkräfte eingestellt**. Um das Angebot von freien Stellen bekannt zu machen, führt das Land die erfolgreiche Lehrerwerbekampagne weiter.

Die Umsetzung aller wichtiger Vorhaben im Schulbereich wurden eng durch den **Bildungsrat** begleitet, den die Landesregierung im Dezember 2021 eingerichtet hat. Ziel ist ein besserer, genereller Austausch aller beteiligten Partnerinnen und Partner des Schulbetriebs. Der Bildungsrat setzt sich aus Lehrer\*innenverbänden und -verbänden, Vertreterinnen und Vertretern von Eltern und der Bildungsverwaltung zusammen.

## **18. Digitalisierung der Schulen vorangebracht**

Landesregierung und Schulträger haben den **DigitalPakt Schule weiter umgesetzt**. Alle öffentlichen Schulträger haben jetzt ihre Förderanträge gestellt, sodass die letzten Schulträger, wie nach dem Roll-Out-Plan vorgesehen, ihre Fördermittel erhalten können. Die Zusatzprogramme für digitale Leihgeräte für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte sind umgesetzt.

Daneben hat die **Digitale Landesschule** für die allgemein bildenden Schulen mit ersten Angeboten ihre Arbeit aufgenommen. Für Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe gibt es zum Beispiel E-Learning-Kurse zur Prüfungsvorbereitung. Auch das Fortbildungsangebot für Lehrkräfte im Bereich Digitalisierung wurde erweitert. Etwa ein Drittel aller Fortbildungen beschäftigt sich heute mit dem Einsatz digitaler Medien im Unterricht. Eine neue Handreichung unterstützt Lehrkräfte beim Umgang mit künstlicher Intelligenz in der Schule.

## **19. 120 Schulbauprojekte unterstützt, neues Schulbauprogramm auf den Weg gebracht**

Moderne Schulgebäude sorgen für gute Lernbedingungen und machen Städte und den ländlichen Raum attraktiver. In dieser Wahlperiode hat die Landesregierung die Schulträger bislang bei mehr als **120 Schulbauprojekten mit Landes-, Bundes- und EU-Mitteln in Höhe von über 120 Millionen Euro** unterstützt.

In Mecklenburg-Vorpommern werden in den kommenden vier Jahren 400 Millionen Euro zusätzlich für den Schulbau eingesetzt. Auf dieses **neue Schulbauprogramm** haben sich Landesregierung und kommunale Spitzenverbände auf dem letzten Kommunalgipfel verständigt.

## 20. Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen in Deutsch und Mathematik auf den Weg gebracht

Die Landesregierung sieht die Stärkung der Kernkompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen als zentrale Aufgabe, um die Bildungserfolge von Schülerinnen und Schülern zu erhöhen. **Vom Schuljahr 2024/2025 an wird in den Jahrgangsstufen 3 und 4 eine zusätzliche Stunde Deutsch und eine zusätzliche Stunde Mathematik unterrichtet.**

Grundschullehrkräfte haben einen Leitfaden erhalten, mit dem sie sich auf die Einführung des flächendeckenden Lesebandes vorbereiten können. An fünf Tagen sind Lautlesetrainings in der Schule vorgesehen. Pro Tag sind dafür 20 Minuten der Unterrichtszeit fest eingeplant – unabhängig vom zu unterrichtenden Fach. Seit Anfang des Jahres finden Schülerinnen und Schüler Mathematik-Musteraufgaben für das Abitur auf dem Bildungsserver MV, um sich gezielter vorbereiten zu können.

Ab dem Schuljahr 2024/2025 wird zudem der **Mathematik-Unterricht in der gymnasialen Oberstufe erweitert**. In der Jahrgangsstufe 11 gibt es im Mathematik-Grundkurs eine Stunde zusätzlich. Die Erhöhung von drei auf vier Stunden bietet den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, ihre mathematischen Fähigkeiten weiter zu entwickeln und zu festigen.

## 21. Freiwilliges 10. Schuljahr eingeführt, berufliche Orientierung weiterentwickelt

Seit dieser Wahlperiode haben mehr Schülerinnen und Schüler größere Chancen auf einen bundesweit anerkannten Schulabschluss. Mit dem **Freiwilligen 10. Schuljahr an Regionalen Schulen und Gesamtschulen** haben Jugendliche, die mehr Zeit zum Lernen brauchen, die Möglichkeit, die Berufsreife zu erlangen. An Regionalen Schulen und Gesamtschulen weist ein neues Frühwarnsystem Eltern, Schülerinnen und Schüler rechtzeitig auf Förderangebote und die verschiedenen Wege, die zu einem Schulabschluss führen, hin.

Schülerinnen und Schüler sollen künftig noch gezielter den Beruf anstreben, der am besten ihren Neigungen entspricht. Die Landesregierung hat **mit einem neuen Konzept die Berufliche Orientierung weiterentwickelt**. Grundlage ist eine Verständigung im Zukunftsbündnis mit den Sozialpartnerinnen und Sozialpartnern. Die Berufswahlkompetenz der Schülerinnen und Schüler soll gestärkt werden, damit sie zielgerichtet einen Beruf ergreifen.

Die Berufliche Orientierung beginnt künftig bereits in der Kita und erstreckt sich über die Primarstufe. In den ersten Jahren stehen das Vorstellen verschiedener Berufe und die Förderung des naturwissenschaftlich-forschenden Entdeckens besonders im Mittelpunkt. In der Sekundarstufe schließen sich Angebote wie 30 Tage für Praktika an – so viele wie in keinem anderen Bundesland. Fünf Tage sind für ein sogenanntes Schnupperpraktikum vorgesehen. Ein neuer Leitfaden erläutert, wie Praktika erfolgreich geplant, umgesetzt und nachbereitet werden können. Hinzu kommen Betriebsbesichtigungen, regionale Berufsorientierungsmessen, Unternehmenspatenschaften und orientierende Angebote im Rahmen der Ganztagschule mit außerschulischen Partnern.

Auch die Arbeit in **Schülerfirmen** gewinnt wieder an Bedeutung, nachdem insbesondere in der Corona-Pandemie die Aktivitäten nahezu zum Erliegen kamen. Hierzu hat die Landesregierung eine Handreichung aufgelegt, die Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler bei der Gründung neuer Schülerfirmen unterstützt.

## 22. Außerschulische Bildung und Sportförderung ausgebaut

In Mecklenburg-Vorpommern sollen alle Schülerinnen und Schüler die Grundschule als sichere Schwimmerinnen und Schwimmer verlassen. Die Landesregierung hat dazu ein **Schwimmkonzept** erarbeitet und umgesetzt. Das Konzept ist das **Ergebnis einer interfraktionellen Landtagsinitiative** zum Thema, das von einer breiten politischen Mehrheit getragen wird.

Durch eine neue Kooperation mit dem Basketballverband sollen mehr Schülerinnen und Schüler für den Basketballsport begeistert werden. Ziel des Projektes ist es, eine Schulbasketballliga aufzubauen. Ein ähnliches Projekt gibt es mit dem Handballverband im Land.

Auch im Bereich der außerschulischen Bildungsangebote gibt es Neuerungen: Die Landesregierung hat zum Jahr 2024 die **Mittel für Gedenkstättenfahrten** in die ehemaligen deutschen Vernichtungslager in Polen von jährlich 50.000 Euro auf 150.000 Euro pro Jahr **aufgestockt**. Für Fahrten zu Gedenkstätten und -orten für Opfer der jüngeren deutschen Geschichte und zu Stätten des natur- und kulturhistorischen Erbes stehen ebenfalls mehr Mittel bereit.

## 23. Politische Bildung, Gedenkstätten- und Demokratietarbeit gestärkt

Die Mittel für die **politische Bildung** wurden erhöht. So stehen zusätzliche Mittel für die Träger der politischen Weiterbildung (+215.000 Euro), die Gedenkstättenförderung (+30.000 Euro) und die Landeszentrale für politische Bildung (+100.000 Euro) zur Verfügung.

Für das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ werden von 2021 bis 2027 ESF-Mittel des Landes in Höhe von insgesamt 20 Mio. Euro bereitgestellt. Die Umsetzungsstrategie zum Landesprogramm wurde aktualisiert und erweitert. Die Zusammenarbeit der Gedenkstätten im Land, der politischen Bildner und der Träger der Medienbildung wurde durch neue Formate intensiviert. Die Runden Tische „Gedenkstätten“, „Politische Bildung“ und „Medienkompetenz“ aber auch Onlineauftritte wie die Website [www.gedenkstaetten-mv.de](http://www.gedenkstaetten-mv.de) machen Angebote sichtbar und erleichtern den Zugang.

## 24. Entschieden gegen Antisemitismus positioniert

Die Landesregierung tritt entschieden gegen Antisemitismus und für den Schutz und die Förderung jüdischen Lebens in Mecklenburg-Vorpommern ein. Mit Beginn der Wahlperiode wurde die Position des **Beauftragten gegen Antisemitismus** gestärkt. Neu eingerichtet wurde die **Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus Mecklenburg-Vorpommern**. Sie erfasst antisemitische Vorfälle in Mecklenburg-Vorpommern und vermittelt Betroffene, Angehörige und Zeuginnen und Zeugen bei Bedarf an kompetente Beratungsstellen.

Am 9. November 2022, dem Gedenktag zur Reichspogromnacht, hat der Landtag mit dem Beschluss „*Nie wieder! Aus der Geschichte lernen für die Zukunft*“ der Landesregierung den Auftrag erteilt, einen „**Aktionsplan gegen Antisemitismus**“ zu erstellen. Dazu wurde durch den Antisemitismus-Beauftragten eine Auftaktkonferenz unter Beteiligung der jüdischen Gemeinden veranstaltet und ein Impulspapier entworfen, das nun in einem Diskussionsprozess zu einem fertigen Konzept erarbeitet wird. 2022 und 2023 wurde in Zusammenarbeit u.a. zwischen der Universität Rostock und der Landeszentrale für politische Bildung die Veranstaltungsreihe „**Antisemitismus die Stirn bieten**“ durchgeführt, die sich insbesondere an Lehrkräfte richtete.

## 25. Die Kultur in ihrer Vielfalt gefördert

Mecklenburg-Vorpommern ist reich an Kultur. Um diese noch wirksamer in ihrer Vielfalt zu fördern, hat die Landesregierung eine neue **Kulturförderrichtlinie** mit weitreichenden Veränderungen auf den Weg gebracht. Erstmals ist es möglich, dass Projekte auch über vier Jahre gefördert werden. Durch Vereinfachung und Bürokratieabbau haben wir die Antragstellung und die Abrechnung der Förderung für die Träger deutlich erleichtert. Auch die Musik- und Jugendkunstschohlen können als Einrichtungen der kulturellen Grundversorgung von der verlängerten Laufzeit profitieren. Zudem sind Mindesthonorare für freie Künstlerinnen und Künstler eingeführt worden.

Gleichzeitig ist eine kulturpolitische Beratungs- und Netzwerkstruktur in MV aufgebaut worden. Mit der „**Kulturland MV gGmbH**“ gibt es jetzt eine zentrale Anlaufstelle für Kulturschaffende in Mecklenburg-Vorpommern. Sie soll auch zur Vernetzung der Akteure beitragen.

Im Dezember 2022 ist ein neuer **Kulturrat** berufen worden. Er berät die Landesregierung in kulturpolitischen Fragen, zu kulturellen Zielen und zu Förderschwerpunkten des Landes. Das Gremium ist in dieser Wahlperiode durch einen „Runden Tisch Kunst und Kultur“ ergänzt worden. Hier sollen Sachverständige unterschiedlicher Sparten Fragen rund um die Kulturpolitischen Leitlinien, aber auch aktuelle Themen diskutieren und Lösungen erarbeiten. Neu berufen wurde auch der **Beirat Niederdeutsch und Heimatpflege**. Mit Jette Bolz wurde eine junge Botschafterin für Niederdeutsch berufen.

Die Landesregierung hat verschiedene neue Förderprogramme im Kulturbereich beschlossen. So gibt es ab diesem Jahr einen **Gagenfonds** für die Festival- und Clubszene. Neu ist auch das Förderprogramm „**Queere Vielfalt**“ für **Bibliotheken und soziokulturelle Zentren**. Dynamisiert wurde die Förderung für die **Literatur- und Künstlerhäuser**.

Einen besonderen Schwerpunkt bilden in diesem Jahr **das Caspar-David-Friedrich und das Fritz-Reuter-Jahr**. Damit würdigen wir zwei der bedeutendsten historischen Persönlichkeiten in der Geschichte Mecklenburgs und Vorpommerns.

## 26. Wissenschaft unterstützt

Im November 2022 wurde das neue **Landesgraduertenförderungsgesetz** vom Landtag verabschiedet und damit die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Rahmen dieses Programmes verbessert. Begonnen wurde mit der Umsetzung des **Digitalisierungsprogramms an Hochschulen**. Bis einschließlich 2023 wurden ca. 30 Millionen Euro investiert. Im selben Jahr wurde das neue Forschungsprogramm „**Anwendungsorientierte Exzellenzforschung in Mecklenburg-Vorpommern**“ mit einem Volumen von 38,5 Millionen Euro in die EU-Förderkategorie des Landes implementiert und am 05.03.2024 durch Veröffentlichung einer entsprechenden Ausschreibung auf den Weg gebracht.

Neu gegründet wurde das **Helmholtz-Institut One Health** in Greifswald. Die Forscherinnen und Forscher des Instituts werden sich in enger Zusammenarbeit mit der Universität Greifswald, der Universitätsmedizin Greifswald und dem Friedrich-Loeffler-Institut der interdisziplinären Erforschung der Zusammenhänge zwischen Mensch-, Tier- und Umweltgesundheit widmen. Das „**Comprehensive Cancer Center**“ der **Universitätsmedizinen Rostock und Greifswald (CCC-MV)** wurde Anfang 2023 als langfristige Einrichtung im Land etabliert, deren Aufgabe der Kampf gegen den Krebs ist. So ermöglicht das CCC-MV erkrankten Menschen im Land eine individuell zugeschnittene Behandlung nach dem neuesten Stand der medizinischen Wissenschaft bei gleichzeitiger Verbesserung der Forschung und Ausbildung von Spezialisten.

Es wurde ein **Kooperationsabkommen** zwischen dem „Ocean Technology Campus Rostock“ und dem kanadischen „Centre for Ocean Ventures and Entrepreneurship“ in Dartmouth/Halifax vereinbart. Auch die Universitäten Rostock und Halifax sowie das Leibniz-Institut für Ostseeforschung IOW haben

ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Meeres- und maritime Forschung weiter ausgebaut. Ein entsprechender Kooperationsvertrag wurde am 16.01.2024 in Rostock unterschrieben.

## 27. Neue Ostseestrategie verabschiedet

Die Landesregierung setzt schon seit vielen Jahren auf eine enge Zusammenarbeit im Ostseeraum. Diese enge Zusammenarbeit wollen wir in den nächsten Jahren weiter verstärken.

Zur Unterstützung dieses Prozesses hat die Landesregierung zu Beginn der Wahlperiode den **MV-Kooperationsrat demokratischer Ostseeraum** einberufen. In ihm haben Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Sport und anderen gesellschaftlichen Bereichen konkrete Vorschläge für eine noch bessere Zusammenarbeit im Ostseeraum entwickelt.

Aufbauend auf den Empfehlungen des Kooperationsrates hat die Landesregierung eine neue **Ostseestrategie** erarbeitet, in der sie ihre Prioritäten und Zukunftsprojekte der Ostseezusammenarbeit konkretisiert. So will die Landesregierung das Land Mecklenburg-Vorpommern als Kooperationspartner stärken und sichtbarer machen. Die Zusammenarbeit für eine gesunde und lebenswerte Umwelt soll verstärkt werden. Außerdem sollen durch gemeinsame Bemühungen Zukunftsfähigkeit und Wohlstand im Ostseeraum gesichert werden.

## 28. Solidarität mit der Ukraine gezeigt

Der brutale russische Angriffskrieg auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Die Landesregierung hat klare Konsequenzen gezogen. Die **Zusammenarbeit mit Russland** wurde komplett **eingestellt**. Die in der letzten Wahlperiode zu Zeiten der Landesregierung aus SPD und CDU gegründete Stiftung für Klima- und Umweltschutz ist teilabgewickelt worden und heute nur auf dem Gebiet des Klima- und Umweltschutzes tätig.

Die Landesregierung hat sich klar zur **Unterstützung der Ukraine** bekannt. So sind von Landesseite **neun Hilfstransporte in die Ukraine** organisiert worden.

Im Januar 2024 wurde eine neue **Regionalpartnerschaft zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der Ukrainischen Region Tschernihiw** organisiert. In einem ersten Schritt hilft die Landesregierung beim Bau von Schutzräumen von Schulen. Die Zusammenarbeit soll auf weitere Bereiche wie Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Tourismus und Bildung ausgeweitet werden.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine sind rund 32.000 Flüchtlinge aus der Ukraine nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen. Rund 25.000 leben aktuell noch im Land.

Die wichtigsten Schritte auf dem Weg zur Integration sind das **Erlernen der deutschen Sprache und die Vermittlung in den Arbeitsmarkt**. Deshalb hat sich die Landesregierung dafür eingesetzt, dass ukrainische Flüchtlinge ohne Verzögerung in deutschen Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Die Landesregierung hat ein eigenes Arbeitsmarktprogramm für Geflüchtete aufgelegt.

Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine machen sich auch an den Schulen bemerkbar. Heute lernen dort über 5.600 ukrainische Kinder und Jugendliche. Die Landesregierung hat die **Aufnahme und Beschulung von Geflüchteten neu organisiert**. Die geflüchteten Schülerinnen und Schüler besuchen eine Vorklasse oder werden im gemeinsamen Unterricht beschult. Schwerpunkt der Vorklassen ist die Deutschintensivförderung, denn der Schlüssel für die Integration ist die deutsche Sprache.

Mit der Wissenschaftsbrücke Ukraine wurde zudem ein **Hilfsprogramm für ukrainische Studierende** eingerichtet.



Die Zeitenwende ist auch mit neuen Herausforderungen im Bereich der **Sicherheit** verbunden. Die Landesregierung hat den Einsatz von Soldatinnen und Soldaten aus Mecklenburg-Vorpommern im Baltikum für die gemeinsame Sicherheit gewürdigt. Die Ministerpräsidentin hat die in Litauen stationierten Truppen besucht.

## **29. Die solide Finanzpolitik fortgesetzt**

Die Landesregierung hat die solide Finanzpolitik, die Mecklenburg-Vorpommern seit 1998 auszeichnet, weiter fortgesetzt. In den von uns auf den Weg gebrachten und im Landtag verabschiedeten Doppel-Haushalten 2022/2023 und 2024/2025 kommen wir erneut **ohne neue Schulden** aus.

Zugleich investieren wir in die Zukunft. Die **Investitionsausgaben** liegen in den Jahren 2022-2025 mit durchschnittlich 1,8 Mrd. Euro deutlich höher als im vergangenen Jahrzehnt (2010 bis 2019 durchschnittlich 1,16 Mrd. Euro jährlich). Investiert wird vor allem in den Ausbau der digitalen Infrastruktur, in den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft sowie in Kitas und Schulen.

Um nachfolgende Generationen nicht mit Schulden zu belasten, werden die während der Corona-Pandemie aufgenommenen Kredite in den nächsten Jahren schrittweise abgebaut. Die für 2024 vorgesehene Sondertilgung in Höhe von 270 Millionen Euro wurde auf 414,7 Millionen Euro erhöht. Dadurch fallen die Tilgungsraten und die Zinsbelastung für das Land in den kommenden 20 Jahren niedriger aus. Das eröffnet zusätzliche Spielräume im Haushalt.

## **30. Finanzausstattung der Kommunen verbessert**

Gestärkt werden die **Kommunen** im Land mit dem neuen **Finanzausgleichsgesetz** (FAG) durch gezielte Maßnahmen in ihrer Finanzausstattung und der Investitionskraft. Die Finanzausgleichsleistungen sind seit der ersten Stufe der FAG-Reform im Jahr 2018 von 1,17 auf 1,59 Milliarden Euro (inkl. Infrastrukturpauschale Schulbau) im Jahr 2024 gestiegen. Von 2018 bis 2022 haben sich die Investitionen der Kommunen von 324 auf 487 Euro je Einwohner trotz Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg um mehr als 50 % erhöht.

## **31. 21.000 Kilometer Glasfaser verlegt**

Glasfaseranbindung bis an jede Milchkanne im Land – das ist das Ziel dieser Landesregierung. Für den Ausbau einer flächendeckenden Glasfaser-Infrastruktur im Land nutzt die Landesregierung vor allem die Förderprogramme des Bundes, der sich derzeit an 137 Infrastrukturprojekten für den Ausbau in „weißen“ und „hellgrauen Flecken“ mit Fördermitteln in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro beteiligt. Das Land steuert die Kofinanzierung von rund 597 Millionen Euro bei und streckt den kommunalen Eigenanteil vor, so dass aktuell Mittel mit einer Höhe von insgesamt 2,4 Milliarden Euro für den **Breitbandausbau** im Land zur Verfügung stehen.

Im „weiße Flecken“-Programm ist in rund 40 Prozent der Projektegebiete der Trassenbau bereits abgeschlossen. Zwölf Projektgebiete sind bereits komplett fertiggestellt. Mehr als 111.000 Adressen verfügen dank der Förderung bereits über einen fertigen Glasfaseranschluss. **Im Jahr 2022 wurden insgesamt 11.000 Kilometer Glasfaserleitungen verlegt und im Jahr 2023 fast 10.000.** In Mecklenburg-Vorpommern sind bislang gut 1,2 Milliarden Euro in den geförderten Glasfaserausbau geflossen. Damit ist knapp die Hälfte der bewilligten Mittel bereits ausgezahlt.

### 32. Neue Bauten für das Land auf den Weg gebracht

In den letzten 2 ½ Jahren konnten **26 Bauprojekte fertiggestellt und für drei neue Bauprojekte der Grundstein gelegt** werden. Damit liegen wir über den Werten aus der ersten Hälfte der vergangenen Wahlperiode. Das größte fertiggestellte Bauprojekt ist der Neubau „Zentralmedizinische Funktionen“ der Universitätsmedizin Rostock mit einem Volumen von ca. 185,2 Millionen Euro. Weitere wichtige fertiggestellte Projekte waren der Erweiterungsbau des Justizzentrums Greifswald, der Neubau des Instituts für Sportwissenschaften an der Universität Rostock und der Neubau für das Polizeihauptrevier und Kriminalkommissariat in Stralsund. Der Grundstein gelegt wurde für den Bau des Justizzentrums in Schwerin, den Forschungsbau „William B. Kannel Center for Community Medicine“ der Universitätsmedizin Greifswald und die Erweiterung der Hochschule für Musik und Theater in Rostock.

Wir setzen **beim Bau und der Sanierung von Landesgebäuden höhere Anforderungen an den Klimaschutz**. Dazu wurden im Mai 2022 die neuen „Energieeffizienzfestlegungen für klimaneutrale Neu-/ Erweiterungsbauten, Gebäudesanierungen und Anmietungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ in Kraft gesetzt. Dabei gehen die festgelegten Standards über die Festlegungen im Gebäudeenergiegesetz des Bundes hinaus. So darf bei Neubaumaßnahmen der Jahres-Primärenergiebedarf maximal 40 % statt der gesetzlich erlaubten 55 % des Jahres-Primärenergiebedarfs eines Referenzgebäudes gemäß GEG und bei Grundinstandsetzungen im Gebäudebestand des Landes maximal 55 % statt der gesetzlich erlaubten 140 % betragen. Zudem muss der Energiebedarf zu mindestens 75% aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Die Wärmeerzeugung aus Öl, festen fossilen Brennstoffen oder Biomasse ist ausgeschlossen.

Zudem setzen wir verstärkt auf **Solarenergie auf Landesgebäuden und Landesflächen**. Bislang wurden acht PV-Anlagen errichtet, sechs befinden sich gegenwärtig in Ausführung und 28 weitere Anlagen sind in Planung. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2030 mindestens 10 Prozent des Strombedarfs der Landesliegenschaften aus selbst erzeugtem PV-Strom zu decken. Zugleich haben wir damit begonnen, eine Ladeinfrastruktur für Elektroautos auf Landesliegenschaften aufzubauen. Ziel ist es, die Dienstwagen des Landes auf Elektromobilität umzustellen.

### 33. Dialogprozess zum Klimaschutz durchgeführt

Die Landesregierung will in dieser Wahlperiode ein **Klimaschutzgesetz** auf den Weg bringen, um die Klimaneutralität 2040 für Mecklenburg-Vorpommern realisieren zu können. Damit wollen wir 5 Jahre schneller sein als der Bund.

Es ist uns wichtig, dass das Gesetz **im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern** erarbeitet wird. Dazu wurden zum Beispiel Bürgerforen abgehalten und ein Diskussionsforum im Internet geschaffen. Der Beteiligungsprozess der Öffentlichkeit zum Klimaschutzgesetz ist inzwischen erfolgreich abgeschlossen. Dem Landtag M-V soll Ende 2024 ein qualitativ guter und fachlich abgestimmter Gesetzentwurf vorgelegt werden.

### 34. Klima- und Umweltschutz verbessert

Darüber hinaus hat die Landesregierung verschiedene Maßnahmen für den Klima- und Umweltschutz eingeleitet:

Ein Schlüssel zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung ist die Wiedervernässung von Mooren. Dazu wurde die **Taskforce Moorschutz** als zentrale Kommunikationsplattform mit den fünf Facharbeitsgruppen „Flächen“, „Finanzierung“, „rechtliche Grundlagen“, „Aus- und Fortbildung“ und „Nutzungsalternativen“ gegründet. Darüber hinaus wurde eine **Moorschutzagentur** gegründet, die die bestehenden Kompetenzen, Akteure und Projekte im Moorschutz bündelt und vernetzt. Neu ist auch, dass in

Mecklenburg-Vorpommern in der neuen GAP-Förderperiode ab 2023 erstmals die moorschonende Stauhaltung und Paludikulturen gefördert werden können.

Die Nachfrage nach **Ökowertpapieren** wie den MoorFutures oder der Waldaktie ist weiterhin ungebrochen. Im Mai 2022 hat die Landesregierung mit dem Heckenscheck das vierte Ökowertpapier an den Start gebracht. Unterstützt werden soll die Neuanlage und Pflege von Hecken. Diese verbinden Lebensräume und stellen selbst Lebensräume dar. Sie unterbinden Winderosion und verzögern die schnelle Austrocknung des Umfelds. Nicht zuletzt binden Hecken ähnlich viel Kohlenstoff, wie die Wälder.

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, in dieser Wahlperiode 5 Millionen Bäume zu pflanzen. Zur Hälfte der Wahlperiode sind bereits circa **3,5 Millionen standortgerechte und klimaresiliente Bäume und Sträucher** gepflanzt worden.

### **35. Skywalk eröffnet, Insel Hafen Prerow fertiggestellt**

Nach knapp zweijähriger Bauzeit konnte im April vergangenen Jahres ein besonderes Bauwerk im Nationalpark Jasmund eröffnet werden. Der 185 Meter lange ellipsenförmige Rundweg, der sogenannte Königsweg, wird von einem riesigen Abspannmast gehalten und schwebt über dem 118 Meter hohen Königsstuhl, dem größten Kreidefelsen Deutschlands. Sechs Monate nach der Eröffnung konnten **bereits 300.000 Besucher** gezählt werden. Damit wurden die Erwartungen deutlich übertroffen.

Ein weiteres Leuchtturmprojekt entsteht derzeit vor dem Strand von Prerow. Der gleichnamige **Inselhafen wird im Sommer eröffnet** werden. Hier wird auch der neue Seenotrettungskreuzer „Nis Randers“ dauerhaft seinen Liegeplatz haben. Verbunden mit dem Festland ist der Hafen über die längste Seebrücke an der Ostsee. Rund 720 Meter ist sie lang. Nötig wurde der Neubau, um den Nothafen Darßer Ort zu ersetzen. Die Nutzung als Hafen mitten in der Kernzone des Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft war nicht länger zu rechtfertigen. Nach Jahren der Vorplanung konnte im vergangenen Oktober der Nothafen endlich geschlossen werden. Dem Nationalparkplan entsprechend, wird das Gelände vollständig renaturiert.

### **36. Ausstattung der Landespolizei verbessert**

Die Ausstattung der Polizeibeamtinnen und –beamten ist in der ersten Hälfte der Wahlperiode deutlich verbessert und weiterentwickelt worden. Durch das **Projekt „mPOL“** konnten alle operativen Kräfte der Landespolizei mit **mobilen Endgeräten** ausgestattet werden. Damit können im gesamten Streifeneinzeldienst an nahezu jedem Einsatzort polizeilich relevante Informationen erfasst und ausgewertet werden.

Die **Bekämpfung von Kinderpornografie** ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erhält daher einen besonderen Stellenwert in der polizeilichen Arbeit. Um die Herstellung, Verbreitung und den Besitz kinder- und jugendpornografischen Materials zu bekämpfen, wird seit Mitte 2023 in einer Projektarbeit die **Hard- und Softwareausstattung der Kriminalpolizei in diesem Deliktsbereich verbessert**. Die für vier Millionen Euro beschaffte Software „Griffeye“ kann auch bei großen Datenmengen durch den Bildvergleich Täter und Opfer identifizieren und damit die Auswertung signifikant beschleunigen.

Eine Investition in die Zukunft werden die **zwei hochmodernen Polizeihubschrauber des Typs Airbus H145**. Diese können über den Polizeieinsatz hinaus in Katastrophenlagen die Feuerwehren bei der Brandbekämpfung aus der Luft unterstützen. Den Zuschlag hat die Firma Airbus Helicopters Deutschland im Ergebnis einer gemeinsamen Ausschreibung mit dem Land Niedersachsen erhalten.

Um die Ausbildung für den Polizeidienst attraktiver zu gestalten, wurde mit Beginn des Studienjahres 2022/23 an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow der sogenannte **Y-Studiengang „Bachelor of Arts - Polizeivollzugsdienst“ mit den Schwerpunkten „Kriminalpolizei“ und „Schutzpolizei“** eingeführt. Dabei haben die Anwärterinnen und Anwärter nach dem ersten Studienjahr die Wahl, sich in einem der beiden Berufsbilder zu spezialisieren.

Weiterhin wird eine Herausforderung sein, die geplante Zielstärke von knapp unter 6.200 Polizistinnen und Polizisten zu erreichen. Durch intensive Bemühungen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege M-V konnten die Einstellungszahlen erhöht werden.

### **37. Erstes Feuerwehrprogramm weitgehend umgesetzt, zweites Programm auf den Weg gebracht**

Die Landesregierung unterstützt die Freiwilligen Feuerwehren, den flächendeckenden Brandschutz zu verbessern und die technische Ausstattung der Wehren zu modernisieren. Das in der letzten Wahlperiode beschlossene **50 Millionen Euro-Programm „Zukunftsfähige Feuerwehren“** wird konsequent umgesetzt. Bisher sind zwei Löschgruppenfahrzeuge 20 Katastrophenschutz, elf Tanklöschfahrzeuge Waldbrand, 265 Tragkraftspritzenfahrzeuge-Wasser und ein Löschgruppenfahrzeug 20 beschafft. Außerdem haben wir die Weichen dafür gestellt, dass bis 2025 insgesamt 14 Löschgruppenfahrzeuge 20 und 17 Tanklöschfahrzeuge 3000 ausgeliefert werden. Damit ist das Programm dann vollständig umgesetzt.

Gemeinsam mit dem Landesfeuerverband hat sich die Landesregierung **auf ein zweites Feuerwehrprogramm verständigt und es mit dem Doppelhaushalt 2024/25 auf den Weg gebracht**. Es stehen weitere 50 Millionen Euro für den Neubau von kleinen Musterfeuerwehrrätehäusern, aber auch für Erweiterung von vorhandenen Gerätehäusern zur Verfügung. Um auch in Zeiten stark steigender Baupreise einen wirtschaftlichen Mitteleinsatz zu ermöglichen, hat das Land das Konzept von Musterfeuerwehrrätehäusern auf den Weg gebracht, die eine weitgehende Standardisierung ermöglichen und so effektiv zur Kostendämpfung beitragen. Feuerwehrrätehäuser erfüllen eine wichtige Funktion

Aufgrund der Energiemangellage wurden deutliche **Verbesserungen für den Katastrophenschutz** ausgemacht, daher hat das Land zusätzlich fünf Millionen Euro zur Beschaffung von Katastrophenschutzfahrzeugen (vier Millionen Euro) und zur Verbesserung der Bedingungen der Katastrophenschutz Helfer, vor allem im Hinblick auf den Ausbildungs- und Übungsbetrieb (eine Million Euro) eingesetzt. Auf diese Weise werden noch vorhandene Fähigkeitslücken im Katastrophenschutz sukzessive geschlossen.

### **38. Wahlalter 16 bei Landtagswahlen eingeführt**

Die Landesregierung hat das Landeswahlgesetz so geändert, dass Jugendliche künftig bei Landtagswahlen **ab einem Alter von 16 Jahren** ihre Stimme abgeben können. Mit der Möglichkeit zu wählen, wird den Jugendlichen in unserem Land eine stärkere Teilnahme an den demokratischen Entscheidungsprozessen eröffnet.

Weiter hat sich die Landesregierung dafür stark gemacht, die **Beflaggungsordnung des Landes** zu liberalisieren. Mit der Neufassung der Landesverordnung über die Beflaggung öffentlicher Gebäude können auch nicht hoheitliche Flaggen wie beispielsweise die **Regenbogenflagge** von den Kommunen gesetzt werden, ohne dass dafür noch eine Genehmigung durch das Innenministerium erforderlich ist.

### 39. In der Flüchtlingskrise die Kommunen unterstützt

Die Zahl der nach Mecklenburg-Vorpommern kommenden Flüchtlinge ist in den zurückliegenden Jahren wieder angestiegen. Vor allem seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat sich das Fluchtgeschehen merklich erhöht: Seit Ausbruch wurden in MV 24.933 ukrainische Kriegsvertriebene aufgenommen. Im Jahr 2022 wurden 4.656 Asylbewerberzugänge in MV registriert, bis zum 31. Dezember 2023 waren es bereits 6.154.

Die Landesregierung steht in dieser schwierigen Situation **an der Seite der Kommunen im Land**. Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den wenigen Bundesländern, die den Kommunen die die notwendigen Aufwendungen für Aufnahme und Unterbringung für Asylbewerber vollständig erstatten. Um die Kommunen zu entlasten, wird das Land die Kapazitäten in der Erstaufnahmeeinrichtung erhöhen.

Trotz dieser Unterstützung stellt die Aufnahme von Flüchtlingen die Kommunen im Land vor große finanzielle und organisatorische Herausforderungen. Wir sind dankbar dafür, dass die Kreise und viele Städte und Gemeinden große Anstrengungen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen übernehmen. Damit die Aufnahme von Flüchtlingen nicht zulasten anderer wichtiger Aufgaben und Projekte geht, hat das Land ein **20-Millionen-Euro-Solidaritätsprogramm** beschlossen. Mit diesem Programm unterstützt das Land Kommunen, die besonders viele Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften aufnehmen oder in denen sich die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes bzw. deren Außenstelle befindet. Sie erhalten zusätzliche Investitionsmittel, die beispielsweise für den Schulbau oder die Modernisierung von Sportplätzen eingesetzt werden können.

Auf Bundesebene hat sich die Landesregierung gemeinsam mit den anderen Bundesländern für eine **wirksame Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland** eingesetzt. Klar ist aber auch, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten, Schutz finden müssen.

In Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. November 2023 und zum Abbau von Verwaltungsaufwand wird Mecklenburg-Vorpommern neben den anderen Ländern eine **Bezahlkarte für Asylbewerber** einführen.

### 40. Justiz modernisiert

Wir haben ein **Modernisierungs- und Optimierungskonzept „DIE Justiz 2030“** aufgelegt. Das Wort DIE steht dabei für digital, innovativ und effizient. Im Jahr 2023 wurde damit erstmals ein Konzept für die nächsten Jahre für die gesamte Justiz vorgelegt, um die Zukunftsfähigkeit der Rechtsprechung zu gewährleisten. Schwerpunkte sind Digitalisierung und Nachwuchsgewinnung mit dem Ziel, dass die Justiz weiterhin als attraktive Arbeitgeberin bürgernah und zügig entscheiden kann.

Vorangebracht wurde die **Digitalisierung der Justiz**. Die Ausstattung der Verhandlungssäle in den Gerichten mit Videotechnik ist zur Hälfte geschafft, im Jahr 2024 werden sie vollausgestattet sein. Die elektronische Akte ist ebenfalls bereits Grundlage bei der Hälfte der Mitarbeitenden an den Gerichten und Staatsanwaltschaften. Darüber hinaus wurde und wird die **technische Ausstattung der Justizvollzugsanstalten** weiter vorangetrieben.

Erste **Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Nachwuchsgewinnung** sind gelungen. Wir haben uns auf familienfreundliche Arbeitsmodelle verständigt und zum Beispiel das Rechtsreferendariat optimiert, so dass nun auch ein Teilzeitreferendariat möglich ist. Für die stetig ansteigende Zahl der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare wurde zudem eine unabhängige Ombudsstelle eingerichtet, an die sich in schwierigen Fragen während des Referendariats gewandt werden kann. Wir haben für bedarfsgerechte Einstellungsmöglichkeiten für **Proberichterinnen und Proberichter** gesorgt. Allein im Jahr 2023 gab es 27 Einstellungen. Für das erste Halbjahr 2024 stehen bereits zwölf

Einstellungen von Proberichterinnen und Proberichtern fest. Um den Fachkräftenachwuchs zu sichern, wird es künftig zwei Klassen für die **Ausbildung zum Allgemeinen Vollzugsdienst** geben.

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf Verfahren in angemessener Zeit. Deshalb sucht das Ministerium gemeinsam mit der Justiz nach Möglichkeiten zur **Verkürzung der Verfahrenslaufzeiten**. Mit dem Präsidenten des Landessozialgerichts wurde im Februar 2024 eine Zielvereinbarung zur Senkung von Verfahrenslaufzeiten in der Sozialgerichtsbarkeit geschlossen. Zur **Verfahrensbeschleunigung in Asylverfahren** hat Mecklenburg-Vorpommern eine Initiative in den Bundesrat eingebracht.

Den Opferschutz in der Justiz stärken wir weiterhin mit der **psychosozialen Prozessbegleitung**. Die Beordnung des gerichtlichen Beistands soll bei Kindern und Jugendlichen als Opfer von schweren Sexual- und Gewaltstraftaten von Amts wegen und nicht erst auf einen Antrag der Verletzten erfolgen. Wir haben einen entsprechenden Entschließungsantrag, dem der Bundesrat schließlich zugestimmt hat, unterstützt. Die neu besetzte Stelle des **Beauftragten der Justiz für den Opferschutz** füllt eine wichtige Lotsenfunktion aus. Erstmals hat ein aktiver Anwalt dieses Ehrenamt als Ansprechpartner und Vermittler übernommen.

Verstärkt setzen wir uns für die Belange der **Schöffinnen und Schöffen** ein. So hat die Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt eine bundesweite Konferenz anlässlich der Schöffinnen- und Schöffenwahl initiiert. Vertreterinnen und Vertreter der Schöffinnenverbände, Kommunen und der Justiz aus ganz Deutschland sprachen in Rostock über Probleme und Lösungen der jüngsten Schöffenwahl.

#### **41. Die Gleichstellung von Männern und Frauen vorangebracht.**

Die Landesregierung hat die Gleichstellungsarbeit gestärkt. Dazu hat sie mit Beginn der Wahlperiode die Position der **Landesbeauftragten für Frauen und Gleichstellung der Landesregierung** eingerichtet.

Seit dem Jahr 2023 ist der Internationale Frauentag am **8. März gesetzlicher Feiertag** in Mecklenburg-Vorpommern. Der Frauentag als Feiertag ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Die Ehrung der **Frau des Jahres** ist dabei ein öffentlichkeitswirksames Zeichen.

Mecklenburg-Vorpommern ist im Bereich der Gleichstellung bereits ein großes Stück vorangekommen. Das ist mit dem im Jahr 2022 vorgelegten **Bericht zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes** deutlich zu erkennen. Es gibt Fortschritte in wichtigen Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes und bei der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.

Begonnen wurde mit der Arbeit **an einem ressortübergreifenden gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm**. Im Dialog mit den Menschen vor Ort und unter Beteiligung von Vereinen, Verbänden und den Ressorts wurden Handlungsbedarfe definiert, Ziele formuliert und Maßnahmen erarbeitet. Auf der Internetseite [fokus-gleichstellung.de](https://fokus-gleichstellung.de) wurden alle Schritte transparent veröffentlicht.

Ziel der Landesregierung ist es, den Frauenanteil in Führungspersonen weiter zu erhöhen. Dazu wurden die erfolgreichen Mentoringprogramme fortgesetzt. Erstmals wurde auch ein Mentoringprogramm für die Justiz aufgelegt. Mit diesem Programm wollen wir für **Gleichberechtigung** in den Führungsebenen der Gerichte und Staatsanwaltschaften sorgen und versuchen, mehr Frauen davon zu überzeugen, Leitungsposten übernehmen zu wollen.

Für die Arbeit in den Frauenschutzhäusern und Fachberatungsstellen für Betroffene häuslicher und sexualisierter Gewalt haben wir die Rahmenbedingungen weiter verbessert. Die Landesregierung stellte jährlich rund 2,77 Millionen Euro für das **Beratungs- und Hilfenetz M-V** für Betroffene von

häuslicher und sexualisierter Gewalt zur Verfügung. Die Arbeit des Netzwerkes wurde evaluiert, um es auch zukünftig optimal aufzustellen.

#### 42. Verbraucherzentrale besser ausgestattet

Die Landesregierung hat die **Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern** weiter gestärkt. Eine starke Verbraucherzentrale ist entscheidend für die Umsetzung der Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die **institutionelle Förderung** ist für die Jahre 2024 und 2025 auf nunmehr 575.000 Euro **aufgestockt**. Die Verbraucherzentrale kann künftig auch drei Viertel ihrer Mehrerträge einbehalten, damit sie ihr Beratungsangebot weiter ausbauen kann. In der Zeit des gestiegenen Beratungsbedarfs hat die Landesregierung der Verbraucherzentrale einen Zuschuss von 10.000 Euro gewährt. Damit konnten mehr Verbrauchernachfragen vor allem zu Energierechtsthemen bearbeitet werden.

#### 43. Jugendbeteiligungs- und Vielfaltsgesetz auf den Weg gebracht

Mit dem Jugendbeteiligungs- und Vielfaltsgesetz werden künftig **mehr Teilhabe- und Integrationsmöglichkeiten** in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen. Als Artikelgesetz enthält das JVG **ein eigenes Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz sowie ein Integrations- und Teilhabegesetz**. Das JVG umfasst mehrere Personengruppen deren Mitwirkungsrechte und Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt werden. Dazu gehören Kinder und Jugendliche, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Einwanderungsgeschichte sowie Menschen mit Einschränkungen. Das Gesetz wurde unter großer Beteiligung von 50 Verbänden, Organisationen, der Enquete-Kommission "Jung sein in M-V" sowie der Öffentlichkeit erarbeitet und sieht unter anderem die Einrichtung von Beiräten für Migration und Integration sowie Beteiligungsgremien von Kindern und Jugendlichen auf der kommunalen Ebene vor.

Die Landesregierung verschreibt sich darüber hinaus dem Ziel der schrittweisen Erhöhung des Anteils von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in der Verwaltung. Die Vielfalt der Menschen, die in MV leben, soll sich so künftig auch mehr in behördlichen Einrichtungen widerspiegeln.

Im Zuge des Gesetzes, fördert MV **neue Beteiligungsformate** für Kinder und Jugendliche in den Kommunen mit 390.000 Euro, um mehr Mitsprache und Teilhabe von allen Kindern und Jugendlichen im Land an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Die Landkreise und Gemeinden können bis Ende 2024 gemeinsam mit dem lokalen Jugendring Anträge beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGuS) für eine Förderung einreichen.

Das Gesetz ist am 13. März 2024 vom Landtag beschlossen worden und tritt zum 1. April 2024 in Kraft.

#### 44. Konzept für Kinder- und Jugendmedizin vorgelegt

Zu Beginn der Wahlperiode hat die Landesregierung eine **Kommission zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens** in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt. Die hochkarätige Kommission setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens, wie der Kassenärztlichen Vereinigung, der Landeskrankenhausgesellschaft, Patientenvertretungen, Kommunen, der Wissenschaft und Praxis sowie des Gesundheitsministeriums zusammen.

Als ersten durch das Gremium zuvor definierten und im Koalitionsvertrag verankerten Auftrag hat die Kommission im März 2024 ihr Zielbild Pädiatrie und Geburtshilfe vorgelegt. Es bildet den Handlungsrahmen für die Ausgestaltung der Kinder- und Geburtsmedizin bis 2030 in Mecklenburg-Vorpommern. Entlang des Zielbilds können die landesweiten Versorgungsstrukturen in den

kommenden Jahren weiterentwickelt und modernisiert werden. Vor allem mit Blick auf den Versorgungs- und Fachkräftebedarf setzt das organisations- und sektorenübergreifende Zielbild die notwendigen Leitplanken für eine zukunftsfeste und sichere Versorgung von Müttern, Vätern und ihren Kindern im Land.

#### **45. Schulgeldfreiheit für Pflege- und Gesundheitsberufe eingeführt**

**Auszubildende der Kranken- und Altenpflegehilfe sowie mehrerer Gesundheitsfachberufe** müssen für ihre Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern **kein Schulgeld mehr** bezahlen. Das Land stellt mit jeweils drei Millionen Euro in 2024 und 2025 somit nach der Einführung der für Auszubildende kostenfreien generalistischen Pflegeausbildung weitere Weichen für die Fachkräftegewinnung in Gesundheitsberufen.

Die Schulgeldfreiheit stellt einen wichtigen Baustein zur Personalgewinnung und Personalsicherung dar. Sie wird dafür sorgen, dass weitere junge Menschen sich für eine berufliche Zukunft im Pflege- und Gesundheitssektor entscheiden. Die Schulgeldfreiheit ab 2024 umfasst alle Auszubildenden in den Bildungsgängen Kranken- und Altenpflegehilfe, Physiotherapie, Logopädie, Ergotherapie, Diätassistenten und medizinische/r Bademeister/in, die an staatlich genehmigten oder anerkannten Ersatzschulen in freier Trägerschaft beschult werden.

#### **46. Sportförderung erhöht**

Das Land hat mit dem neuen Doppelhaushalt die allgemeine **Förderung des Sports um knapp eine Million Euro** auf 12,84 Millionen Euro **erhöht**. Das zeigt, welche hohe Bedeutung der Sport in Mecklenburg-Vorpommern besitzt. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen vor allem die Personalkostenzuschüsse des Landes für hauptamtliche Vereinstrainer und Sportkoordinatoren in den Landesfachverbänden erhöht werden.

Darüber hinaus wurden die jährlichen Zuwendungen für das **Landesprogramm „Gemeinsam Sport in Schule und Verein“** ab 2024 um mehr als 50 Prozent auf 380.000 Euro angehoben. Damit können die Vereine vor allem mit Blick auf die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule in Zukunft mehr kooperative Sportgruppen an den Schulen einrichten und den Kindern zusätzliche Angebote unterbreiten.

#### **47. Die Ehrenamtsstiftung besser ausgestattet**

Die Landesregierung hat auch in den vergangenen 2 ½ Jahren die wichtige Arbeit der **Ehrenamtsstiftung MV** unterstützt. Die Stiftung berät Ehrenamtliche, sorgt für Vernetzung und fördert konkrete Ehrenamtsprojekte. Im Doppelhaushalt 2024/2025 wurden die Mittel für die Stiftung erstmals auf einen neuen Höchstbetrag von jährlich 1 Mio. Euro angehoben. Dies stellt gegenüber dem vorherigen Doppelhaushalt eine Erhöhung von jährlich 220.000 Euro dar. Damit kann noch gezielter auf die Bedarfe der in rund 12.500 Vereinen Engagierten im Land eingegangen und unbürokratische und direkte Unterstützung vor Ort geleistet werden.

Im Bereich der Anerkennung des Ehrenamtes wurde, aufbauend auf den positiven Erfahrungen seit 2020, das Projekt **EhrenamtsKarte** MV weiter ausgebaut. Inzwischen sind mehr als 7.000 EhrenamtsKarten an Engagierte überreicht worden.



#### 48. Ein besonderes Augenmerk auf den Osten des Landes gerichtet

Die Landesregierung richtet auch in dieser Wahlperiode ein besonderes Augenmerk auf den **Osten des Landes**. Mit der aktiven Rolle bei der Gestaltung des Caspar-David-Friedrich-Jubiläums 2024, mit der gemeinsam mit den beiden vorpommerschen Landkreisen und dem vorpommerschen Marketingverein gestalteten ersten Vorpommern-Konferenz in Grimmen sowie dem ersten Vorpommern-Tag auf der Grünen Woche sowie der Festveranstaltung anlässlich der Anerkennung der Freester Fischerteppiche als immaterielles Kulturerbe und der Unterstützung zur weiteren Pflege dieser Tradition konnten hier wichtige Akzente gesetzt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit für Vorpommern und das östliche Mecklenburg war die **Unterstützung ehrenamtlichen Engagements**. In Zusammenarbeit mit der Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern sowie der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt wurde mit der Ehrenamtstour eine Veranstaltungsreihe initiiert, die Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigt und mit Teilnehmerzahlen zwischen 60 und 150 Personen pro Veranstaltung als sehr erfolgreich gelten kann.

Im **Fonds für Vorpommern und das östliche Mecklenburg** stehen in dieser Legislaturperiode 3,5 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung, um die Entwicklung im östlichen Landesteil zu unterstützen – **erstmalig auch im östlichen Mecklenburg**.

Ziel der Landesregierung ist es, die Zusammenarbeit in der **grenzübergreifenden Metropolregion Stettin** weiter zu vertiefen. Durch intensive Kontakte, insbesondere auf der kommunalen Ebene, wird eine enge Zusammenarbeit gefördert. Beispielsweise konnte so in enger Abstimmung mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald die Vorbereitung und Unterstützung bei der geplanten Gründung eines Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit begleitet werden. Auch die Weiterführung des Nachbarschaftssprachenprojekts, das dazu beiträgt, die Verständigung und den kulturellen Austausch zwischen den Regionen zu stärken, wurde unterstützt.

#### 49. Landesmarketing mit neuer Strategie und Kampagne fortgesetzt

Die Landesmarketingkampagne „**MV tut gut.**“ wurde erfolgreich fortgesetzt und setzt strategisch und inhaltlich seit 2023 neue Akzente. Im Zuge der Erkenntnisse aus der Evaluation der Markenwerte und der Landesmarketingkampagne wurden die Markenthemen der Landeskampagne deutlich konzentriert und der Markenauftritt durch eine neue, selbstbewusste Kampagnenoptik und Kampagnensprache weiterentwickelt.

Die Landesmarketingkampagne wirbt nunmehr im Kanon der Markenthemen „Innovation – Nachhaltigkeit – Lebensgefühl“. Sie positioniert das Land dabei im nationalen und internationalen Wettbewerb der Regionen und leistet ihren Beitrag, die Stärken und Potenziale Mecklenburg-Vorpommerns als **Land zum Arbeiten, Lernen, Studieren, Forschen, Gründen, Investieren und Genießen** in die breite Öffentlichkeit zu tragen. Die Leitidee „Land zum Leben“, die diese Qualitäten überschreibt, wurde bestätigt und kommunikativ weiter ausgebaut. Für die Ansprache wesentlicher Zielgruppen, vor allem Familien, Fach- und Führungskräfte, Gründer und Unternehmer erfolgte dabei eine enge Abstimmung im Netzwerk der Landesmarketingkampagne.

Die Hochschulmarketingkampagne „**Studieren mit Meerwert**“ wurde erfolgreich fortgesetzt. In enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Hochschulen des Landes wirbt die Kampagne in der Zielgruppe der potentiellen Studienanfänger und assoziierter Zielgruppen für die Vorzüge Mecklenburg-Vorpommerns als Studienstandort.

Mit mehr als 40.000 Besucherinnen und Besuchern war der **Mecklenburg-Vorpommern-Tag 2023** in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg ein sehr erfolgreiches Landesfest. Der MV-Tag zum 775. Stadtjubiläum setzte erstmals auf Konzepte zu mehr Klimafreundlichkeit. So wurden direkte

Ausgleichsmaßnahmen zur Wiedervernässung eines Moores und zur Pflanzung von Hecken unterstützt.

## 50. Vereint Segel gesetzt

Unter dem Motto „Vereint Segel setzen“ hat Mecklenburg-Vorpommern zum 1. November 2023 zum dritten Mal in seiner Geschichte den **Vorsitz im Bundesrat** übernommen. In einer Zeit des Umbruchs trägt unser Land somit wichtige Verantwortung. In ihrer Antrittsrede warb die Ministerpräsidentin für eine Stärkung der Demokratie und ein konstruktives Zusammenwirken von Bund und Ländern. Außerdem positionierte sie sich klar gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland. Im Rahmen der Präsidentschaft präsentierte sich Mecklenburg-Vorpommern mit einer großen Kulturveranstaltung in Berlin.

Im Dezember 2023 traf die Bundesratspräsidentin den brasilianischen Präsidentin Lula da Silva, um über den Klimawandel und die Energiekrise zu sprechen – und wie Brasilien und Mecklenburg-Vorpommern zukünftig weiter miteinander arbeiten können. Im März 2024 vertrat sie die Bundesrepublik Deutschland bei der Eröffnung des Nationaal Holocaust Museums in Amsterdam. Außerdem führte sie in den **Niederlanden** politische Gespräche, unter anderem mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Mark Rutte. Begleitet wurde Schwesig von einer Wirtschaftsdelegation. Der niederländische Konzern Royal Cosun kündigte Investitionen in die Anklamer Zuckerfabrik und das Kartoffelwerk in Stavenhagen an.